

Bidens finales Projekt: Reform des Obersten Gerichtshofs

Die Presse (online) vom 28.08.2024 um 17:30
von **Paul Boles**

Die parteipolitische Polarisierung hat auch den Supreme Court infiziert und gespalten. Interne Skandale erschüttern seinen Ruf.

Der Oberste Gerichtshof der USA – US Supreme Court (Scotus) – ist durch die aktuellen parteipolitischen Auseinandersetzungen zwischen Demokraten und Republikanern gespalten und von Skandalen erschüttert wie noch selten zuvor in seiner Geschichte. Jüngst gab Präsident Joe Biden eine Erklärung ab und forderte eine Reform des Gerichtshofs. Er schlägt eine Begrenzung der Amtszeit von Richtern des Obersten Gerichts vor und auch einen verbindlichen Ethikkodex. Gastkommentare und Beiträge von externen Autoren müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

Diese Entwicklungen erfolgen zu einer Zeit, in der der Supreme Court immer mehr zum Bestandteil des innenpolitischen Theaters wird. Angesichts des parteiischen Charakters seiner Urteile (6:3-Entscheidungen sind mittlerweile die Norm) sowie der „Flaggenaffäre“ von Richter Samuel Alito (er hisste wenige Tage nach dem Sturm auf das Kapitol 2021 eine auf dem Kopf stehende US-Flagge vor seinem Haus; von Trump-Anhängern wurde das gern als Symbol des Protests gegen das Wahlergebnis der Präsidentschaftswahl 2020 verwendet) und Clarence Thomas' Annahme fremdfinanzierter Luxusurlaube (er ließ sich 20 Jahre lang teure Reisen und Urlaube vom Immobilienmagnaten und Milliardär Harlan Crow schenken, ohne dass er oder der Supreme Court dies öffentlich machten) ist es keine Überraschung, dass die Zustimmungsrate zum Obersten Gerichtshof in Umfragen unter 40 Prozent liegt.

Lebenslange Machtpositionen

Das Gericht ist sich seines Imageproblems bewusst und versuchte dieses durch die Einführung eines Ethikkodex zu beheben. Die Durchsetzung liegt allerdings im Ermessen der einzelnen Richterinnen und Richter und ist nicht erzwingbar.

Zusammen mit dem Fehlen einer Amtszeitbeschränkung hat dies zu einer Situation geführt, in der Richterinnen und Richter des Supreme Court lebenslange, unanfechtbare Machtpositionen innehaben. Zwar ist eine tatsächliche Amtsenthebung durch den Kongress möglich. Die gegenwärtige politische Polarisierung in den beiden Kammern macht einen solchen Schritt jedoch praktisch unmöglich.

Der Mechanismus zur Ernennung von Richtern, mit dem der Präsident eine Kandidatin/Kandidaten nominiert, die/der dann vom Senat bestätigt werden muss, ist als Teil des in der Verfassung verankerten Systems von „Checks and Balances“ vorgesehen. Im Zuge der aktuellen innenpolitischen Polarisierung konnte die Republikanische Partei während der Präsidentschaft von Donald Trump ihre konservative 5:4-Mehrheit auf die derzeitige 6:3-Mehrheit ausbauen.

Im Vergleich dazu umfasst der Österreichische Verfassungsgerichtshof (VfGH) zwölf Mitglieder und sechs Ersatzmitglieder. Alle werden vom Bundespräsidenten ernannt, aber auf Vorschlag verschiedener Organe: acht Mitglieder und drei Ersatzmitglieder auf Vorschlag der Bundesregierung, drei Mitglieder und zwei Ersatzmitglieder auf Vorschlag des Nationalrats und die übrigen auf Vorschlag des Bundesrats.

Als Altersgrenze, nach deren Erreichung ihr Amt endet, wird der 31. Dezember des Jahres bestimmt, in dem das Mitglied oder das Ersatzmitglied das siebzigste Lebensjahr vollendet hat. Durch diesen Bestellungsmodus und die Begrenzung der Amtszeit wird politischer Missbrauch erheblich erschwert.

Ebenso trägt das für den österreichischen Obersten Gerichtshof (OGH) angewandte Modell dazu bei, diese Fälle zu vermeiden. Der Justizminister, vom Bundespräsidenten der Republik ermächtigt, greift in der Regel auf eine vom Personalsenat des Obersten Gerichts bereitgestellte Auswahlliste von drei Kandidaten zurück.

Mit derzeit mehr als 60 Richtern ist der OGH deutlich größer, sodass neue Ernennungen weit weniger tiefgreifende Folgen haben als in den USA. Auch gehen die Richter im Alter von 65 Jahren in den Ruhestand.

Überarbeitung notwendig

Das bedeutet nicht, dass das amerikanische System schlecht konzipiert wurde. Es zeigt aber sein fortgeschrittenes Alter und bedarf angesichts der polarisierten und zersplitterten politischen Landschaft von heute einer Überarbeitung. Es bleibt abzuwarten, wie solche Änderungen juristisch umgesetzt werden könnten.

Nach seinem Amtsantritt richtete Joe Biden eine parteiübergreifende Präsidentenkommission ein, die sich speziell mit diesen Fragen befasste. In deren Bericht wurde festgestellt, dass eine Amtszeitbeschränkung durch eine Verfassungsänderung möglich wäre. Angesichts des heutigen politischen Klimas ist diese Lösung aber nicht durchführbar.

Ungewissheit besteht auch, ob der Kongress die Macht hätte, eine solche Änderung auf Gesetzesbasis zu erwirken. Eine Erhöhung der Anzahl der Richter des Obersten Gerichtshofs wäre hinsichtlich der rechtlichen Hürden weniger problematisch, da die

Verfassung keine diesbezüglichen Grenzen vorsieht. Es wäre dennoch schwierig, eine Politisierung dieses Prozesses zu vermeiden, wodurch die einer stärkeren Parteiunabhängigkeit des Supreme Court dienende Reform zunichtegemacht werden könnte.

In Bezug auf einen Ethikkodex stellt der Bericht fest, dass der Kongress dem Obersten Gerichtshof einen solchen auferlegen könnte, wobei man darauf achten müsste, nicht in die verfassungsmäßige Funktion des Gerichts einzugreifen.

Wertvolles Kampagnenkapital

Die größte Hürde für eine solche Reform besteht darin, die notwendige parteiübergreifende Unterstützung zu erhalten. Warum etwa sollten die Republikaner einen solchen Plan unterstützen, wenn sie derzeit über eine deutliche, möglicherweise jahrzehntelang währende Mehrheit im Obersten Gericht verfügen?

Sollten allerdings mit Kamala Harris die Demokraten die Präsidentenwahl im November gewinnen und an der Macht bleiben, und sollten in dieser Zeit Sitze von republikanischen Richtern frei werden, könnte sich die Zusammensetzung rasch wieder ändern. Ob die Republikaner dann ihrerseits Reformen fordern und die Demokraten Reformbemühungen blockieren würden, bliebe abzuwarten.

Letztendlich muss Präsident Joe Biden aber wissen, dass diese Reformen während seiner noch verbleibenden Amtszeit nicht erfolgen werden. Sie stellen jedoch ein hervorragendes politisches Kapital für die Wahlkampagne von Kamala Harris dar.

Neutraler Schiedsrichter

Darüber hinaus passen die Forderungen perfekt zu einem anderen wichtigen demokratischen Diskussionspunkt: der Aufhebung der bisherigen Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs nach dem Urteil „Roe vs. Wade“ (erneut mit 6:3), das ein landesweites Recht auf Abtreibung garantierte, womit das Thema in die Zuständigkeit der Bundesstaaten fällt. Aufgrund dieser Entscheidung ist das Thema Abtreibung zu einem der wichtigsten Aspekte des Wahlkampfes geworden.

Es wäre wünschenswert, wenn sich beide Parteien auf eine Reform des Supreme Court einigen könnten, da auf lange Sicht beide Parteien von einer solchen profitieren würden. Letztendlich muss die politische Zusammensetzung des „obersten Schiedsrichters“ der Vereinigten Staaten neutral sein, und das Gericht sollte auch nicht der parteibezogenen Politik überlassen sein.

Der Autor

Paul Boles, B.A., International Relations, Tufts University; Student der Rechtswissenschaft, Uni Wien; Mitglied des „Young Team“ des Wiener Forums für Demokratie und Menschenrechte (www.humanrights.at).